

Den Reichen die Freiheit – den Armen die Repression

von Reinhold F. Bertlein

„*Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln*“ – das wusste schon Goethe. Der „Geist der Zeiten“ ist derzeit geprägt von der Agenda des Neoliberalismus. In unserer Gesellschaft, wo Einkommen und Status der Menschen von seinen Anstrengungen abhängen, so die offizielle Lesung, erscheint die Meritokratie auf den ersten Blick gerechter als die alte Ständegesellschaft. Doch die Fusion von Meritokratie und Neoliberalismus hat zu einem perversen Resultat geführt: dem Ende der Solidarität zwischen den Menschen, zum Zivilisationsbruch, zur Degradierung der Gesellschaft durch Armut und Ausschluss immer größerer Teile der Bevölkerung – dem Prekariat.

In den Niederlanden machte der Neoliberalismus seine Aufwartung – sei es unter anderem Namen – mit dem Antritt der ersten Regierung Lubbers im Jahre 1982. Damals begann die Verschiebung der sozialökonomischen Politik weg vom Rheinländischen und hin zum Angelsächsischen Modell, wie es seinerzeit von Margaret Thatcher und Ronald Reagan propagiert wurde: mehr Verantwortlichkeit des Bürgers für die eigene Wohlfahrt und das eigene Wohlergehen, höhere Einsparungen im Staatshaushalt, die Hinnahme größerer Einkommensunterschiede, Privatisierung und Deregulierung sowie ein Staat, der sich zugunsten der Marktkräfte Schritt für Schritt zurückzieht. Die Wirtschaft der Niederlande erlebte am Ende des 20. Jahrhunderts und am Anfang des 21. Jahrhunderts einen nie dagewesenen Boom. Den neoliberalen Gurus um Milton Friedman und

seinen Chicago Boys zufolge würde ein jeder davon profitieren. Dank der unsichtbaren Hand des (Arbeits-) Marktes.

Einst verdankte der Sozialstaat seine Entstehung dem Moment, als junge Affen Baumfrüchte für alte Affen pflückten, als diese nicht mehr klettern konnten – am Sterbebett des Sozialstaates zwingen junge politische Affen alte Artgenossen dazu, noch mal klettern zu lernen, trotz der inzwischen schmerzenden Gelenke. Die jungen politischen Affen, die mit der Chicagoer Krankheit infizierten jungen Neoliberalen gleich welcher politischer Couleur – es gibt sie bei Rechts- und Linksliberalen, bei den Grünen und den Sozialdemokraten – wiederholen lieb die an der Universität oder (Hoch-) Schule auswendig gelernten Mantras des Neoliberalismus: wer wolle, könne alles erreichen.

Quer zum Zeitgeist, untermauert durch Zahlenmaterial aus unverdächtigen, allen zugänglichen Quellen wie zum Beispiel dem niederländischen Amt für Statistik (CBS), dem Zentralplanbüro (SCP) oder der Organisation of Economic Co-operation and Development (OESO) kann man am Beispiel der Niederlande beweisen, dass eben nicht alle von den Früchten der Wirtschaft profitieren. Während die Einkommen der Topmanager mit 130 Prozent gestiegen sind und auch die mittleren Gruppen am allgemeinen Wohlfahrtsanstieg teilhaben, ist die Kaufkraft der Niedriglohngruppen – trotz Mindestlohn – nicht nur relativ, sondern um 5 % sogar absolut zurückgegangen. Dies gilt im noch höheren Maße für die Sozialbezüge – Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Staatsrente. 1980 betragen diese rund 85 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns, jetzt nähert sich das immer mehr der Marke von 65 Prozent an und damit der Europäischen Armutsdefinition von 60 Prozent. Bei diesem Prozess – die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer – ist es unerheblich, welche Regierung gerade an der Macht

ist. Egal ob es eine Rechts-Koalition von Christdemokraten und Rechtsliberalen gibt (wie in den achtziger Jahren) oder ein rot-schwarzes Kabinett aus Christ- und Sozialdemokraten (1989 – 1994), oder eine lila Koalition von Sozialdemokraten mit Rechts- und Linksliberalen (1994 – 2002) – für die Unterklasse(n) ging es immer nur bergab! Hätte es in den Niederlanden ein Kriegskabinett aus hohen Beamten und Beratern gegeben, die Politik wäre kaum anders gewesen!

Vielleicht erklärt sich hieraus nicht nur die Politikverdrossenheit der Bürger (“Die in Den Haag machen doch, was sie wollen!”), sondern auch das Aufkommen von Populisten wie Pim Fortuyn und heute Geert Wilders erhellen. Aufgrund ihrer gemachten Erfahrungen bringen die kleinen Leute der Politik im Allgemeinen und der sie ehemals vertretenden Sozialdemokratie im Besonderen kein Vertrauen mehr entgegen. Darum gehen sie entweder gar nicht mehr zur Urne oder geben in wechselnden Zusammenstellungen ihre Proteststimme ab und fallen auf populistische Demagogen herein – innerhalb und außerhalb der politischen Arena.

Der folgende gesellschaftliche Trend zeichnet sich immer mehr ab: eine wohlhabende Mehrheit und eine marginalisierte Minderheit andererseits, die in verschiedenen Welten leben und voneinander nichts wissen (wollen). Eine Gesellschaft im Embryonalstadium der Vereinigten Staaten mit menschenunwürdiger Armut inmitten des privaten Reichtums, erbärmlichen Wohnverhältnissen und steigender Kriminalität. Die wohlhabende Mehrheit fordert dabei vom Staat gegenüber den im Focus sich befindenden Minderheiten immer härter aufzutreten. In dem Maße wie der Staat sich zurücknimmt und alles der unsichtbaren Hand des Marktes überlässt, in dem Maße nehmen die

Aktivitäten des Staates zu, wenn es gilt die Randbedingungen des Systems aufrecht zu erhalten. Frederick Taylor, dem wir die Atomisierung der Fabrikarbeit zu verdanken haben, sagte einst: „Früher kamen die Menschen an die erste Stelle, in der Zukunft kommt das System an die erste Stelle“. Die neue Unterklasse, die das System ausgespuckt hat, wird mental und physisch immer mehr vom Rest der Bevölkerung abgesondert, respektlos begegnet und erniedrigt, als Parasiten der Gesellschaft gebrandmarkt. Die, die aus dem Boot gefallen sind oder Gefahr laufen, es zu tun, werden auf allerlei Art und Weise dann vom Nachtwächterstaat ‘betreut’. Sie werden von Interventionsteams überfallen, ihre Kinder bekommen ein Versammlungsverbot und die Abendglocke. Sie werden viel strenger kontrolliert als wer auch immer im reichen Wassenaar – dem Millionärsdorf der Captains of Industry nahe Den Haag. Für das selbe Delikt bekommen sie eine höhere Strafe. Die Gefängnisse sind überfüllt mit ihnen. In den Vereinigten Staaten verfünffachte sich die Zahl der ‘Inmates’ in den zum Teil privatisierten Gefängnissen des Landes in den letzten Jahrzehnten. “Keine andere demokratische Gesellschaft hat das jemals erfahren”, schrieb im Jahre 2006 der Belgier Loic Wacquant noch. Er irrte sich. Sein Nachbarland hat den Amerikanern in den letzten 30 Jahren den Rang abgelaufen. Einst das Land mit der humansten Strafrechtspraxis, orientiert auf Prävention und Resozialisierung, wurde Holland zum repressivsten Negativbeispiel per excellence, in der Rache und Vergeltung vorherrschen. Mit dem Erfolg, dass man inzwischen die meisten Gefangenen pro 100 000 Einwohner in Westeuropa hat, mit Ausnahme von England. Gleichzeitig wird der Schrei nach mehr Sicherheit immer größer. Das Versagen des Staates sowie der Platz, den die Verbrechensbekämpfung in den Medien einnimmt, hinterlassen bei der Bevölkerung ein dermaßen großes Gefühl von Unsicherheit, dass man

nur allzu bereit ist, für unkonventionelle und am Rande der Gesetze sich bewegende Formen der Verbrechensbekämpfung zu votieren. Zum Beispiel in Rotterdam, dem Geburtsort des Humanisten Erasmus. Dort gab der sozialdemokratische Bürgermeister Aboutaleb grünes Licht für ein ganz und gar quietschendes Verbot: dem Aufenthalt im öffentlichen Raum "ohne redliches Ziel", wie es in der Allgemeinen Polizeiordnung von Rotterdam heißt. Das Gewissen der Stadt, der engagiert Pfarrer Visser, dazu: "Wenn ein Autochthone (weiße) Niederländer sich auf eine Parkbank setze, um sich zu sonnen, diene das einem redlichen Ziel: braun werden. Wenn ein Allochthone dasselbe tut, nicht, denn er ist schon braun". Südafrikanische Verhältnisse an der Maas. Früher hieß das: 'slechts voor blanken', nur für Weiße. Aber war nicht Apartheid ursprünglich ein Wort aus dem holländischen Sprachschatz?

Außerhalb des Strafrechts nimmt der Zwang ebenfalls zu. Neben den Gefangenen steigt die Zahl der psychiatrischen Patienten. Auch hier scheint die Ausgrenzung aus der Gesellschaft das vorherrschende Motiv zu sein und nicht die Heilung oder Resozialisierung – den humanistischen Traditionen von Erasmus bis Cornheert zum Trotz. Besondere Formen von Zwang wurden entwickelt, um Menschen dazu zu verpflichten, sich für die Gesellschaft nützlich zu machen. Doch als sich herausstellte, dass nicht jeder in der Lage war, die Leistungen zu liefern, die ihn auf dem Arbeitsmarkt rentabel machten, hätte man nicht Rentabilität zum Maßstab nehmen dürfen, sondern humane Kriterien, um den gesellschaftlichen Wert eines Menschen festzustellen. Die Arbeitsproduktivität in den Niederlanden ist eine der höchsten der Welt. Und schon in den achtziger Jahren gab es viele, die nicht mithalten konnten. Arbeitgeber und Gewerkschaften, befangen im sagemumwobenen Poldermodell, haben damals ein Gentleman-Agreement getroffen und einvernehmlich mit

Duldung des Staates die, die nicht mehr mithalten konnten in die Invalidenversicherung und Frührente entlassen. Der Staat finanzierte die Produktivitätssteigerung der niederländischen Wirtschaft, indem er nahezu 1 Million Menschen im Rahmen des Arbeitsunfähigkeitsgesetzes (Wet op de Arbeidsongeschiktheid, WAO) unterhielt. Der Missbrauch dieses Sozialgesetzes begann sich spätestens dann zu rächen, als der Abbau des Sozialstaates im Rahmen der neoliberalen Agenda anstand. Menschen, die mehr kosten als sie erwirtschaften, die durch Anlage oder Erziehung nicht mitkommen, zu schwach sind, sich selbst an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen, die in unserer Leistungsgesellschaft nicht mehr mitkommen – früher war man dann ein Opfer, heute ist man dann ein Täter. Ein Parasit, der die hart arbeitenden Landsleute ihres Brotes beraubt. Es gibt sie in vielen Variationen: die Arbeitsunfähigen (chronisch Kranke und geistig oder körperlich Behinderte, ungefähr 1 Million Niederländer), die in prekären Verhältnissen lebenden, arbeitenden Armen von Zeitarbeitern bis zu Scheinselbständigen (ebenfalls rund 1 Million Menschen), die vielen, die nur noch in subventionierten Arbeitsverhältnissen eine Chance haben (rund 40 Tausend Obdachlose, rund 65 Tausend Drogen- und Alkoholabhängige, fast 100 Tausend sozial Isolierte, 150 Tausend psychisch und körperlich wenig Belastbare). Dann die Gruppe von fast 100 Tausend älteren Arbeitnehmern, die Einkünfte aus früherer Arbeit haben, aber auf dem Arbeitsmarkt wegen ihres Alters chancenlos sind, ebenso wie die 100 Tausend Männer und vor allem Frauen, die von ihrem Lebenspartner finanziert werden. Schließlich die 125 Tausend Insassen von Gefängnissen, dann die tausende von Flüchtlingen, die als Illegale im Lande leben und zu guter letzt eine völlig unbekannte Gruppe von schätzungsweise 1,3 Million Niederländern, die im amtlichen Jargon Nuggers genannt werden: niet uitkeringsgerechtigden, die kein Recht auf

staatliche Hilfe haben, aber weder eine Ausbildung folgen, noch in Arbeit stehen und von denen die amtlichen Stellen nicht wissen, wovon sie leben. Zwar ist es schwierig, die Gesamtzahl des Prekariats zu beziffern, man gehe aber von rund 15 – 20 Prozent der Erwerbsbevölkerung aus, also von fast 3 bis 4 der fast 17 Millionen Niederländer.

Einst war die logische Konsequenz des moralischen Imperativs, dass jeder Mensch, einzigartig und nicht eintauschbar ist, und das Recht hat auf ein menschenwürdiges Leben. Dazu wurde unter Führung der Sozialdemokraten in den Niederlanden ab 1950 der Sozialstaat aufgebaut. Zusammen mit den skandinavischen Ländern spendierte man 1980 – auf dem Höhepunkt – rund 24 Prozent des Nationaleinkommens für die Sozialausgaben. Was auffällt, ist, dass Holland als einziges Land der EU-15 seine Ausgaben in diesem Bereich vermindert hat, nämlich von 24,8 Prozent zurück auf 20,9 Prozent, während in den anderen Ländern in dieser Periode die Ausgaben durchschnittlich um 16 Prozent gestiegen sind. Und in Skandinavien hat man diese Höhe beibehalten ohne dass dies auf Kosten der Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft ging. Ganz allgemein werden die verschiedenen Sozial- und Transferleistungen (Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Kranken- und Invalidenversicherung) an immer strengere Bedingungen geknüpft, die Höhe und Dauer beschnitten und in immer mehr Fällen der Zugang völlig verwehrt. Noch im Jahre 1983 war die niederländische Sozialdemokratie stolz darauf, dass es ihr gelungen war, eine Mehrheit im Parlament zur Aufnahme der sozialen Rechte ins Grundgesetz zu bewegen (wie übrigens schon einmal geschehen in der allerersten Konstitution des Landes aus dem Jahre 1795!). Der noch heute gültige Artikel aus dem Jahre 1983 lautet:
“Niederländer hierzulande, die nicht in der Lage sind, selbst ihren

Lebensunterhalt zu bestreiten, haben ein durch Gesetze zu regelndes Recht auf Unterhalt durch den Staat''.

Der heutige sozialdemokratische Bürgermeister von Rotterdam, Ahmed Aboutaleb, gibt im Dezember 2008 auf die Frage, was seine wichtigste Tat während seiner Amtsperiode als Staatssekretär für Soziales, war, ohne viel Federlesens zu: "Ich habe die Sozialhilfe für Junge Leute bis zum 27. Lebensjahr, trotz Grundgesetz, abgeschafft. Da bin ich stolz drauf!" Kein Parteiausschlussverfahren, im Gegenteil. Als Bürgermeister von Rotterdam – der erste aus Marokko stammende Bürgermeister des Landes – kann er seine nahezu grundgesetzwidrige Politik weiter fortführen. Sogenannte Interventionsteams führen in seinem Auftrage seither an Razzien erinnernde Hausdurchsuchungen durch, um zu ermitteln ob beispielsweise eine Rentnerin wirklich alleine "hinter den Geranien sitzt", oder mit einer Altersliebe. Im zweiten Falle ist sie nämlich des Sozialbetruges überführt: wer zusammenwohnt hat weniger Ausgaben und mithin nur Recht auf einen Teil der staatlichen Altersrente. Dem Rapport "Baas in eigen huis" ("Chef im eigenen Haus") des Rotterdamer Ombudsmann zufolge werden bei diesen demütigenden Haussuchungen viele Gesetze, darunter die der Unverletzlichkeit der Wohnung, die wie in Deutschland auch im Niederländischen Grundgesetz verankert ist, geschunden. Ungeschunden indes bleiben die in den Niederlanden ansässigen Konzerne, deren Steuermoral mehr als zu wünschen übrig lässt. Sie bezahlen im Durchschnitt weniger als 10% Prozent an fälligen Unternehmenssteuern, während der offizielle Tarif 25,5 Prozent beträgt. Noch bunter allerdings treiben es die multinationalen Konzerne, die die Niederlande als Steueroase entdeckt haben, über die sich die Gewinne wegschleusen lassen: zum Beispiel aus Griechenland über die Niederlande in die Karibik.

Das Bild vom vorbildlichen Holland mit seinem Poldermodell, wo einst die Sozialpartnerschaft alle gesellschaftlichen Probleme einvernehmlich löste, gehört der Vergangenheit an. Holland gebärt sich mehr und mehr als wäre es der 51. Staat von Uncle Sam: ein Freiplatz für Multinationals und Reiche – mit immer mehr Kontrolle und Repression gegenüber den Armen. Prekarier aller Länder vereinigt euch !